

– Abschrift –



Amtsgericht Braunschweig

Beschluss

Terminbestimmung

24 K 43/22

06.02.2026

Im Wege der Zwangsvollstreckung

soll am **Mittwoch, 29. April 2026, 10:30 Uhr**, im Amtsgericht An der Martinikirche 8, 38100 Braunschweig, Saal/Raum A 107, versteigert werden:

Das im Erbbaugrundbuch von Dibbesdorf Blatt 327, laufende Nummer 1 des Bestandsverzeichnisses eingetragene Erbbaurecht lastend auf dem im Grundbuch von Dibbesdorf Blatt 323, laufende Nummer 4 des Bestandsverzeichnisses eingetragenen Grundstück

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m ²
1	Dibbesdorf	2	47/23	Hof- und Gebäudefläche, Kleiner Mooranger 47	730

Der Versteigerungsvermerk wurde am 14.11.2022 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: 20.000,00 €

Objektbeschreibung: Erbbaurecht

Detaillierte Objektbeschreibung:

Einfamilienhaus mit nebenstehender Garage auf Erbbaugrundstück, Bj. ca. 1963, gemäß Gutachten entspricht das Gebäude nicht mehr den Anforderungen eines Wohnhauses; Restlaufzeit des Erbbaurechts bis 2060

Gutachtenveröffentlichung erfolgt über www.Immobilienspool.de sowie www.Versteigerungspool.de.

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vorbezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter www.amtsgericht-braunschweig.de

Franken
Rechtspflegerin